

presse

AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Mit Transparenz gegen die Lohnlücke

Sönke Rix, familienpolitischer Sprecher;

Petra Crone, zuständige Berichterstatterin:

Noch immer sind die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen eklatant hoch. Die Lohnlücke liegt derzeit bei 21 Prozent. Obwohl der Grundsatz der Entgeltgleichheit seit 1957 rechtlich geboten ist, blieb er in Deutschland bis heute ein Prinzip ohne Durchsetzung. Um das zu ändern, hat der Deutsche Bundestag heute das Entgelttransparenzgesetz verabschiedet.

„Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Um der eklatanten Lohnlücke zu begegnen, brauchen wir gesetzliche Regelungen. Das von Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig vorgelegte Entgelttransparenzgesetz ist ein erster, wichtiger Schritt, um Lohnstrukturen endlich offenzulegen.“

Von dem neuen individuellen Auskunftsanspruch in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten profitieren bis zu 14 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie haben nun das Recht zu erfahren, wie sie im Vergleich zu ihren Kolleginnen und Kollegen anderen Geschlechts bezahlt werden, wenn diese einer gleichen oder gleichwertigen Tätigkeit nachgehen. Denn nur dort, wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie bekämpft werden.

Nicht allein die Beschäftigten werden davon profitieren, sondern auch die Unternehmen. Erfahrungen aus der Praxis zeigen: Mehr Transparenz trägt zum Betriebsfrieden und zur Attraktivität von Unternehmen bei und stärkt die Fachkräftebindung. Kritiker des Gesetzes betonen immer wieder den vermeintlichen Bürokratieaufwand. Doch aus der Sachverständigenanhörung wissen wir, dass sich der Aufwand für Unternehmen mit einer soliden Buchhaltung und Personalabteilung in engen Grenzen hält. Darüber hinaus gilt:

Chancengleichheit und faire Bezahlung sind Grundrechte. Diese Grundrechte dürfen nicht durch Bürokratievorwürfe untergraben werden.

Die Einführung der Entgelttransparenz ist ein wichtiger Baustein der aktiven Gleichstellungspolitik der Bundesregierung. Andere wichtige Ziele wurden bereits mit der Einführung des gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns, mit dem Kita-Ausbau, der Geschlechterquote in Aufsichtsräten und der Flexibilisierung des Elterngeldes erreicht.

Unterm Strich bleibt: Ein guter Tag für Frauen, eine gute Bilanz für unsere Frauenministerin und ein gelungener Auftakt zu weiteren Initiativen in der nächsten Legislaturperiode.“